

+++++

Runder Tisch Ukraine tagt erneut: Zahlreiche Hilfsangebote und Programme für geflüchtete Ukrainer:innen gestartet

- + über 1.250 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine in Dachau registriert
- + weitere Zuweisungen in den Landkreis vorerst ausgesetzt, bundesweite Verteilung stockt
- + Hilfe privater Unterkunftsgeber von allen Akteuren gewürdigt
- + Schulkonzept steht, bereits 250 Schüler:innen aus der Ukraine in den Schulen aufgenommen
- + Betreuungsangebote für kleinere Kinder im Aufbau
- + zahlreiche Deutschkurse gestartet

Nach gut zwei Woche, lud Landrat Stefan Löwl am Donnerstag, den 31. März 2022, zum dritten digitalen „Runden Tisch Ukraine“ ein. Mit dem Ziel einer frühzeitigen und breiten Einbindung und Vernetzung aller hauptamtlichen Akteure im Landkreis, trafen sich die Vertreter:innen der freien Träger, von BRK, Caritas und AWO, sowie aus Kirchen, von der Polizei und der Arbeitsagentur, aber auch die Bürgermeister der Gemeinden im Landkreis, die Volkshochschulen sowie das Schulamt und KiTa-Betreiber. Eine gemeinsame Lageeinschätzung und die Bündelung von Fragen die Maßnahmen im Landkreis hilft Doppelarbeit zu verhindern und einen ständigen Informationsaustausch sicher zu stellen. Die Situation im Landkreis bleibt, wie auch die in der Ukraine, kaum vorhersehbar. So gab Landrat Stefan Löwl zunächst einen Lagebericht, welche die Teilnehmer:innen an der ein oder anderen Stelle überraschte. Die Zahl der registrierten Flüchtlinge im Landkreis steigt weiter, jedoch nicht mehr so stark wie in den ersten die Wochen nach Kriegsausbruch. War in den planerischen Vorgaben zunächst 500 Personen und dann von gut 1.000 Flüchtlingen die Rede, sind mittlerweile über 1.250 Ukrainer:innen im Landkreis Dachau registriert. „Gemessen am aktuell gültigen Verteilungsschlüssel hat Dachau damit bereits jetzt seine Vorgabe mit 220% weit übererfüllt. Wir werden irgendwann an unsere Grenzen kommen und dann eventuell neue Maßnahmen treffen müssen.“ Eine Folge dieser übererfüllten Quote gibt es bereits: Die eigentlich alle vier Tage geplanten Zuweisungen aus der Landeshauptstadt München bzw. im Rahmen der sogenannten „Bundesverteilung“ sind für diese und auch die kommende Woche ausgesetzt. Landrat Löwl berichtet aber auch, dass es etliche Landkreise und ganze Bundesländer gibt, in den noch sehr wenige Flüchtlinge an- bzw. aufgenommen wurden. „Viele meiner Kollegen im Bundesgebiet haben sich auch auf die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen vorbereitet und sind gemeinsam mit der dortigen Bevölkerung bereit, diese aufzunehmen. Leider gibt es seitens des Bundes noch keinerlei Informationen zu den in Deutschland als Kriegsflüchtlinge registrierten Personen, sodass die eigentliche Verteilung nach dem sog. Königsteiner Schlüssel nicht möglich ist,“ erläutert Landrat Stefan Löwl. „Wenn man die für den Landkreis Dachau geltenden Zahl hochrechnen würde, müssten weit über 1 Million Kriegsflüchtlinge in Deutschland aufgenommen.“ Alle Teilnehmer:innen sind sich einig, dass die in den Landkreis fliehenden Menschen möglichst frühzeitig und gleichmäßig auf die Bundesrepublik verteilt werden sollten. Nur so können die vorhandenen Ressourcen gleichmäßig ausgelastet und insb. eine spätere Umverteilung nach beginnender Integration vor Ort vermieden werden. „Es wäre sehr schade, wenn Personen jetzt hier mit einem neuen geregelten Leben starten, welches sie dann wieder aufgeben müssten, weil sie umverteilt werden.“ erklärt Löwl und fordert: „Hier muss in den kommenden Tagen eine klare Ansage mit entsprechender, transparenter Datenlage kommen.“ Eine unerwartete Neuerung ist, dass der Zustrom von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine in den letzten Tagen stark nachgelassen hat und nur noch wenige Flüchtlinge in Bayern, aber beispielsweise auch in Berlin, ankommen und verteilt werden müssen. „Unser Angebot an unsere Freunde im Partnerlandkreis Oswiecim/Auschwitz in Polen steht daher nach wie vor,“ sagt Landrat Löwl. Dort sind extrem viele Flüchtlinge und der Landkreis hat sich bereit erklärt, ein oder sogar zwei Busse mit bis zu 100 Kriegsflüchtlingen zu uns nach Dachau zu

holen. Viele Ukrainer:innen wollen aber nicht, denn sie möchten möglichst nah an der Heimat bleiben und erwarten sehnlich positiven Botschaften aus dem Krieg.“ Aufgrund des russischen Rückzugs aus der Region Kiew gibt es aktuell sogar schon erste Anfragen von zu uns geflüchteten, welche schnellstmöglich wieder in die Heimat wollen.

Nach wie vor sind über 80% der Kriegsflüchtling aus der Ukraine privat untergebracht und alle Akteure sprechen den privaten Unterkunftsgebern ihren großen Dank aus. „Personen, die Flüchtlinge bei sich aufnehmen leisten einen wertvollen und wichtigen Beitrag zur aktuellen Situation, denn sie geben weit mehr als nur ein Bett. Sie sind erste Anlaufstelle für sämtliche Themen des Alltags und geben in vielen Fällen auch emotionalen Halt,“ fasst Dardan Kolic, Bildungsmanager in der Stabstelle EBI und derzeit einer der Hauptansprechpartner für die privaten Unterkunftsgeber zusammen. „Als EBI helfen wir, wo es geht und haben auch schon einige Umstände geändert. In Summe läuft es aber zumeist sehr gut und wir müssen nun den Ukrainer:innen einen Alltag zurück bringen.“ Aufgrund des engen Kontakts mit den privaten Unterkunftsgebern können Fragen und Probleme auch schnell adressiert, vor Ort gelöst oder weitergeleitet und dann über die Homepage des Landratsamts sowie die regelmäßigen Newsletter weitergegeben werden.

Gemeinsam mit den Bürgermeister:innen stellte Landrat Löwl klar, dass sich alle Akteure bewusst sind, dass nicht alle Bürger:innen ihre private Unterkunft dauerhaft zur Verfügung stellen können. Aber angemessener Wohnraum ist gerade im Landkreis Dachau, aber auch in der ganzen Region, nicht verfügbar und auch nicht so schnell zu schaffen. Es stehen einige Objekte zur Verfügung und es werden weiterhin Wohnung und Häuser angeboten, aber nur dank der vielen privaten Unterkünfte müssen im Landkreis Dachau bisher noch keine Personen in Turnhallen oder Massenunterkünften untergebracht werden.

Vorrangig gilt es nun, ein Umfeld zu schaffen, in dem sich die Ukrainer:innen für die Zeit ihres Aufenthalts im Landkreis Dachau integrieren können. So waren die weiteren Gesprächsschwerpunkte des Runden Tische die Themen Bildung und Arbeit sowie Gesundheit. Das Schulamt verkündete, dass bereits gut 250 Schüler:innen aus der Ukraine in den unterschiedlichen Schulen im ganzen Landkreis aufgenommen worden sind, Tendenz stark steigend. Das Schulamt hat in einer speziell eingerichteten Arbeitsgruppe aus den unterschiedlichen Schulformen ein Konzept erarbeitet nachdem die Schüler:innen nun in die Schulen aufgenommen werden. Eine detaillierte Pressemeldung zu dem Konzept folgt. Besonders positiv ist hier, dass neue Lehrkräfte – aus auch der Ukraine - schnell und unbürokratisch angestellt werden können.

Ähnliche Erfolge konnte auch die Arbeitsgruppe Kinderbetreuung vermelden. Einige Kindertagesstätten haben bereits Kinder aus der Ukraine in die Gruppen aufgenommen. Möglichst schnell sollen nun auch so genannte Eltern-Kind Gruppe aufgebaut werden, die nicht zwingend von pädagogischen Fachkräften betreut werden müssen. Die Gemeinden zeigten hier großes Interesse an Personen mit pädagogischen und oder ukrainischen Hintergrund, die hier kurzfristig unterstützen können. Räume stehen bereits in ausreichender Zahl zur Verfügung.

Auch die Agentur für Arbeit hat spezielle Angebote eingerichtet und ist bereits mit einigen Flüchtlingen in Kontakt. Besonders hoch ist aktuell die Anfrage nach Deutschkurse, die unter anderem von den VHSen im ganzen Landkreis organisiert werden. Dank Spenden und ehrenamtlichen Engagement konnten hier bereits die ersten Kurse starten und weitere geplant werden. Laut Einschätzungen der Expertinnen wird es aber ein paar Monate dauern, bis die – oft hoch qualifizierten - Ukrainer:innen die deutsche Sprache erlernt haben. Erstmals waren neben den freien Trägern auch Vertreter:innen der Helferkreise beim runden Tisch anwesend. Sie stehen ebenfalls mit einem vielfältigen Hilfs- und Unterstützungsangebot in den Gemeinden zur Seite, engagieren sich aber besonders dort, wo Ukrainer:innen in größeren Einrichtungen untergebracht werden und denen durch ein direkter Ansprechpartner fehlt.

Zum Abschluss des Gesprächs adressierte Landrat Stefan Löwl nochmals die Bürgermeister der 17 Gemeinden des Landkreises. Durch die Änderung im Baugesetz, sind das Errichten neuer Wohngebäude für Flüchtlinge – aus des Ukraine, aber auch im Rahmen der weiterhin zu uns kommenden Asylsuchenden aus anderen Teilen der Welt - unkompliziert umsetzbar. „Eines muss uns klar sein. Viele Flüchtlinge aus den Jahren 2014-2016 sind noch immer in

Containeranlagen und auch die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine warten, bis sie wieder in ihre Heimat können. Wir wünschen uns alle, dass dieser schreckliche Krieg bald vorbei ist, aber wie lang die Menschen bei uns bleiben werden, ist leider völlig ungewiss,“ so Landrat Löwl. „Es wird auch Menschen geben, die hier eine neue Heimat finden und bei uns bleiben werden. Der Wohnraum ist so oder so bei uns im Landkreis knapp und teuer, daher sollten wir die Chance jetzt nutzen, zusätzlichen Wohnraum zu schaffen.“